

Menschen vor Profite



Am 16. Mai 2009 ruft der DGB zu einer zentralen Demonstration mit dem Slogan „Die Krise bekämpfen. Sozialpakt für Europa! Die Verursacher müssen zahlen“ in Berlin auf.

Die Demonstrationen treffen sich um 11.00 Uhr am Breitscheidplatz und am Hauptbahnhof. Die Abschlusskundgebung findet ab 12.30 Uhr an der Siegessäule statt. Zeitgleich finden weitere Demonstrationen in Brüssel, Prag und Madrid statt.

DIE LINKE.

Bezirksverband Neukölln

DIE LINKE fordert einen Schutzschirm für die Menschen, damit die Mehrheit der Bevölkerung nicht die Kosten der Krise tragen muss. Dazu gehört ein Zukunftsinvestitionsprogramm von jährlich 100 Milliarden Euro, das dauerhaft zwei Millionen Arbeitsplätze schafft. DIE LINKE will außerdem einen gesetzlichen Mindestlohn von 8 Euro einführen, der in schnellen Schritten auf 10 Euro steigt.

Um dieses Programm zu finanzieren, müssen die Verursacher und Profiteure der Krise zahlen. DIE LINKE fordert eine Millonärssteuer, die Privatvermögen von mehr als einer Million Euro mit mindestens fünf Prozent zur Kasse bittet.

Deshalb wird DIE LINKE am 16. Mai auf der Demonstration der Gewerkschaften in Berlin auf die Straße gehen und gemeinsam mit vielen anderen deutlich machen: **Wir fordern, dass die Verursacher für die Krise zahlen. Eine andere Politik ist nötig, möglich und wählbar!**

In dieser Ausgabe:

- 2** Sekundarschulen in Neukölln. Risiken und Chancen
- 3** „Widerstand von unten“. Warum DIE LINKE für den politischen Generalstreik eintritt und Bericht vom 1. Mai 2009
- 5** **Betrifft: Neukölln.** Bericht von der kommunalpolitischen Arbeitstagung der Neuköllner LINKEN
- 6** „Gegen Nazis gemeinsam kämpfen“. Ausstellung zum „Blut-Mai“ 1929 eröffnet

*Das neue
Europaparlament
wird am 7. Juni 2009
gewählt.*

**DIE LINKE steht für:
Mindestlohn
europaweit!
Gleicher Lohn für
Frauen!
Millionäre zur
Kasse!
Truppen raus aus
Afghanistan!**

Religion bleibt freiwillig

Der Berliner Volksentscheid über Religion als gleichberechtigtes Schulfach endete am 26. April mit einer Niederlage für die „Pro Reli“-Vertreter, die nur 48,5 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielten. Mit Nein stimmten 51,3 Prozent. Die Beteiligung lag bei 28,2 Prozent.

W weil der gemeinsame Ethikunterricht ein wichtiger Beitrag ist, um das friedliche und respektvolle Zusammenleben von Menschen unterschiedlichster Herkunft, Tradition, Kultur und Weltanschauung in unserer Stadt zu befördern, hatte sich DIE LINKE gegen ein Pflichtfach Religion an den Schulen ausgesprochen. Gerade Kindern und Jugendlichen müsse die Chance geboten werden, die notwendige Toleranz gegenüber verschiedenen Lebensvorstellungen und Religionen zu erlernen. Die von Pro Reli angestrebte Trennung des Unterrichts nach Konfessionen würde einen solchen Austausch dagegen verhindern.

In Neukölln stimmten nur 16,4 Prozent der Stimmberechtigten für Pro Reli. Die Abstimmungsbeteiligung lag bei 26,5 Prozent. Von den Teilnehmern der Pro Reli-Abstimmung in Neukölln waren 61,8 Prozent dafür, 37,9 Prozent dagegen.

Von der Pro Reli-Fraktion, deren treibender politischer Teil die CDU war, wurde gelogen, dass sich die Balken biegen. So wurde behauptet, in Berlin würden Kinder ihrer Grundrechte beraubt: „Religionsunterricht zu besuchen ist in den meisten Bundesländern ein Grundrecht. In Berlin nicht.“ So der Theologe und Präsident der Humboldt-Universität Christoph Marksches in einem SPIEGEL-Essay: „Schule braucht Religion“. Aber jedes Schulkind hat in Berlin weiterhin von der ersten bis zur sechsten Klasse Religion als Schulfach, dessen Besuch allerdings, wie überall, auf Wunsch der Eltern verweigert werden kann, ab der 7. Klasse kann Religion auf der Wahlfachbasis gewählt werden. Das Land Berlin gibt für den Religions- und Weltanschauungsunterricht in den Schulen jährlich rund 50 Millionen Euro aus. Daran hatte die Einführung des gemeinsamen Fachs Ethik für alle Schülerinnen und Schüler nichts geändert.

neu-köllnisch · 4 / 2009 - Mai



Karikatur: Klaus Stuttmann

Profitmaximierung in der Krise: Ihren Nettogewinn bezifferte die Deutsche Bank Ende April in ihrer Bilanz für das erste Quartal auf fast 1,2 Milliarden Euro, den Vorsteuergewinn auf mehr als 1,8 Milliarden Euro. Bankenchef Josef Ackermann schrieb in einem Brief an die Aktionäre, er sei „fest überzeugt, gestärkt aus der Krise hervorzugehen“. Die Deutsche Bank setzt als Zielmarke eine Eigenkapitalrendite von 25 Prozent. Ackermann bleibt bis 2013 an der Spitze der Deutschen Bank, sein Vertrag wurde vorfristig verlängert.

Schulreform in Neukölln: Sekundarschulen mit Chancen und Risiken

Neben dem Aufbauprojekt Gemeinschaftsschule und dem Gymnasium soll eine neue Schulform kreiert werden: Sekundarschulen. Die GEW Neukölln setzt sich kritisch mit dem Senatsprojekt auseinander und formuliert Kriterien.

Im Mai-„Bezirksinfo“ der Lehrgewerkschaft charakterisiert Jürgen Schulte den Rahmen dieser neuen Schulform, die bereits mit Beginn des kommenden Schuljahres begonnen werden soll, als „Schulform, in der die Mehrheit der Schülerschaft arbeitet, unter Ausschluss der besonders Leistungsfähigen und der Schüler aus an innovativen Bildungseinrichtungen interessierten Familien. Diese Schüler besuchen die Gymnasien bzw. die Gemeinschaftsschulen.“ Es sei denn, die Sekundarschule besitze durch ihre Lernbedingungen und -atmosphäre eine Attraktivität, dass sie der Konkurrenz gewachsen wäre.

Dafür formuliert die GEW Neukölln vier Kriterien:

Erstens müsse die Ausstattung der Schulen von Anfang an dem Ganztagesbetrieb Rechnung tragen, einschließlich der notwendigen Sozialräume wie Mensa mit Küche, Bibliothek mit Le-

seräumen, Ruheräumen und Räumen für Sport und Spiel. Dazu gehöre auch die entsprechende Personalausstattung.

Zweitens: Integrationsaufgaben müssten in mehrere Richtungen wahrgenommen werden: Individuelle Förderung der Schüler entsprechend ihrer jeweiligen Fähigkeiten; Integration von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Integration von Schülern mit sprachlichen Defiziten.

Drittens: Als oberste Frequenz wird eine Lehrgruppenzahl von 24 Schülern angesehen. Schulen in sozial schwierigen Gebieten müssen einen Nachteilsausgleich erhalten.

Viertens: Die Schulen müssten eine eigene Oberstufe besitzen. Denkbar sei auch, dass für mehrere neue Schulen eine gemeinsame Oberstufe existiert, die allerdings nicht die eines Gymnasiums sein dürfe. Anzustreben sei ein enger Verbund mit den lokalen Grundschulen.

Falls keine Bereitschaft bestehe, die Sekundarschulen entsprechend auszustatten, werde diese Schulreform kläglich scheitern, warnt die GEW. „Schon bald wird sie den Ruf einer ‚Restschule‘ mit allen bekannten Folgen erhalten. Nicht der gewünschte ‚Abbau des starken Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft sowie Migrationshintergrund und schulischen Erfolgen‘, sondern die Zementierung des Status quo wird sich dann sehr schnell als Ergebnis dieser ‚Reform‘ herausstellen,“ so Jürgen Schulte.

DIE LINKE Berlin-Neukölln

„Widerstand von unten“

Zur Notwendigkeit, einer angesichts der tiefsten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren untätigen Regierung auch mit Streiks entgegenzutreten, erklärte der Parteivorsitzende der LINKEN, Oskar Lafontaine: „Als in Paris dort die Regierung den Kündigungsschutz für die Jugendlichen verschlechtert hat, haben die Franzosen diesen Sozialabbau weggestreikt. Viele Menschen bei uns sagen, die ‚da oben‘ machen ja doch, was sie wollen. Dem muss auch Widerstand von unten entgegengesetzt werden können, der wirkt.“ DIE LINKE will schon seit langem den politischen Generalstreik ermöglichen. „In einer funktionierenden Demokratie gehören Demonstrationen dazu. Man darf Demonstranten, auch dann, wenn sie laut sind, nicht als ‚die von der Straße‘ denunzieren“. Es gebe in Deutschland eine Tradition, dass man vor der Straße warnt, kritisierte Lafontaine. „Das sind dieselben, die die Helden nannten, die in der ehemaligen DDR auf die Straße gegangen sind oder die in Polen die Solidarnosc bewundert haben. Das nenne ich schizopren.“

Der 1. Mai stand in diesem Jahr im Zeichen des Kampfes gegen die Abwälzung der Krisenkosten auf die Bevölkerungsmehrheit.

Mehr als 20.000 Kolleginnen und Kollegen demonstrierten mit dem DGB am Vormittag vom Gewerkschaftshaus am Wittenbergplatz zum Brandenburger Tor, deutlich mehr als in den Vorjahren, wie Ver.di-Landesgeschäftsführer Roland Tremper „Neu-Köllnisch“ bestätigte. „Wir zahlen nicht für eure Krise“ war in vielen Variationen auf Transparenten zu lesen, ebenso wie „Arbeit für alle bei fairem Lohn“. Aktiv dabei,

Mitglieder der LINKEN. Auf der Kundgebung erklärte der DGB-Landesvorsitzende Dieter Scholz, er vermisse eine Konjunkturpolitik aus einem Guss. Dazu gehöre auch der Aufbau qualifizierter Jobs und die Absage an Niedriglöhne, die eine menschenwürdige Existenz nicht gewährleisten. Er appellierte, die Proteste des Europäischen Gewerkschaftsbundes für ein soziales Europa in Berlin am 16. Mai zu unterstützen. Zeitgleich protestierte ein breites demokratisches Bündnis in Köpenick gegen eine NPD-Veranstaltung. Auf dem Bahnhof Köpenick attackierten Polizeieinheiten Demonstranten, die mit einer Sitzblockade die Anreise der Nazis verhindern wollten.

Am Nachmittag feierten Zehntausende auf dem Kreuzberger Mariannenplatz und den umliegenden Straßen. Zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Teilnehmern der Demonstration „Kapitalismus ist Krieg und Krise“ und der Polizei kam es in aufgeheizter Atmosphäre am Abend. Sie dauerten bis in die späte Nacht. Massiver Polizeieinsatz und Wurfgeschosse aller Art bestimmten die Szene. Die Medienprophetie, „am 1. Mai knallt es in Berlin“, ging so auf. Vor allem Springer-Zeitungen hatten massiv gegen Linke gehetzt. Die BZ setzte z. B. den Lichtenberger LINKEN Kirill Jermak als Anmelder der Demonstration steckbriefartig auf ihre Titelseite.



Die Kollegen der Industriegewerkschaft BAU Neukölln waren am 1. Mai mit ihrer Traditionsfahne dabei - sie kommen wieder: Am 16. Mai.

Fotos: KDH



Ruben Lehnert, Bundestagskandidat der Neu-Köllner LINKEN am Infostand auf der DGB-Kundgebung.



Dicht umlagert von den Kolleginnen und Kollegen war der Stand der Arbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft der LINKEN nach der Maidemonstration der Gewerkschaften am Brandenburger Tor. Von vielen nachgefragt: Das Programm der LINKEN „Schutzschirme für Menschen“.



Millionäre zur Kasse. Klare Ansage der LINKEN im Europawahlkampf.



Präsentation der Plakate der LINKEN für den Europawahlkampf mit dem Spitzenkandidaten Lothar Bisky. Der Medienwissenschaftler ist Vorsitzender der LINKEN und der Europäischen Linkspartei.

Die Europäische Union greift in den Neuköllner Alltag ein

Dumping-Löhne und Arbeitszeit

Das Europa-Parlament sei weit weg vom Neuköllner Alltag. Das meinte zum Beispiel ein Busfahrer am Hermannplatz, als er Neuköllner LINKE beim Plakatieren für den Europawahlkampf ansprach. Das kurze Gespräch zeigte aber: Das Gegenteil ist der Fall.

Entscheidungen der Europäischen Union greifen tief in den Alltag der Neuköllnerinnen und Neuköllner ein. Zwei Beispiele: Die EU-Arbeitszeitrichtlinie konnte Ende April gerade noch im Europaparlament gestoppt werden. Und die Einführung der EU-Dienstleistungsrichtlinie, bekannt als Bolkestein-Richtlinie, ist immer noch aktuell.

EU-Arbeitszeitrichtlinie gestoppt

Die geplante Revision der EU-Arbeitszeitrichtlinie hätte deren ohnehin schwaches Schutzniveau weiter abgesenkt. Rat und Kommission wollten, dass Regelungen über flexible Jahresarbeitszeitkonten auch durch einfache Verwaltungsvorschriften erlassen werden können. Damit hätten vor allem die öffentlichen Arbeitgeber auf kommunaler, Landes- und Bundesebene die Gewerkschaften massiv unter Druck setzen können: Entweder ihr stimmt längeren und flexibleren Arbeitszeiten per Tarifvertrag zu, oder wir drücken dies ohne euch einfach auf dem Verwaltungsweg durch. Diesen Knüppel gegen die Gewerkschaften haben die Regierungen nun nicht in die Hand bekommen. Jahresarbeitszeitkonten sind nach der nun weiterhin geltenden EU-Arbeitszeitrichtlinie nur unter der strikten Bedingung von tarifvertraglichen Regelungen möglich.

Gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie gab es massiven Widerstand der Gewerkschaften und der LINKEN. Nun wird sie umgesetzt. Der DGB befürchtet, die Richtlinie könne in Deutschland ohne gesetzlichen Mindestlohn dem weiteren Lohndumping Tür und Tor öffnen. Im Vordergrund steht das „Herkunftslandprinzip“. Demnach können Dienstleister grundsätzlich in jedem EU-Land Dienstleistungen anbieten. Und zwar zu den in ihrem Herkunftsland geltenden Bestimmungen. Für einige Branchen regelt in Deutschland das sog. Arbeitnehmer-Entsendegesetz Mindeststandards. Aber das ist nach fächendeckend. DIE LINKE unterstützt die Forderung des Europäischen Parlaments, dass die EU eine Zielvorgabe zum Niveau von Mindestlöhnen in Höhe von mindestens 60 Prozent des nationalen Durchschnittslohns vereinbart, um Armut trotz Erwerbsarbeit zu verhindern.

Gesetzliche Mindestlöhne sind notwendig

Das sind nur zwei Gründe, um am 7. Juni LINKE Abgeordnete ins Europa-Parlament zu wählen. Das Europa-Wahlprogramm der LINKEN finden Sie im Internet: www.hier-und-in-europa.de



Neuköllner WahlTeam aktiv

Am 2. Mai traf sich das Neuköllner WahlTeam, um in einer gemeinsamen Aktion flächendeckend im Bezirk mehr als 900 Wahlplakate der LINKEN zu den Europawahlen aufzuhängen. Nach einem gemeinsamen Frühstück ging es los. Abschließend fand ein Erfahrungsaustausch statt.

Wer mitmachen möchte, egal ob Parteimitglied oder nicht, die nächsten Aktionstage sind am 23. Mai und am 6. Juni. Treffpunkt ist jeweils um 10.00 Uhr am Richardplatz 16.

DIE LINKE. Neukölln und YEK-KOM laden ein:

Diskussionsveranstaltung

Die neue Rolle der Türkei und die Kurdenfrage

Montag, den 11. Mai 2009, um 19 Uhr, im Morus14

in der Morusstraße 14 in 12053 Berlin (S Neukölln/U Karl-Marx-Straße, Bus 104)

Mit **Ulla Jelpke** (MdB, DIE LINKE)

Yüksel Koc (Sprecher von YEK-KOM) und

Medeni Kirici von der DTP aus der Türkei

Moderation: **Ruben Lehnert** (Sprecher des Bezirksverbandes DIE LINKE. Neukölln)

Betrifft: Neukölln

Ein Bericht von der zweiten kommunalpolitischen Arbeitstagung der Neuköllner LINKEN



Am 18. April fand in den Räumen der Neuköllner Brüdergemeinen in der Kirchgasse die zweite kommunalpolitische Arbeitstagung der LINKEN Neukölln statt.

Wie im letzten Jahr war die Tagung gut besucht, etwa 35 Freunde und Mitglieder unserer Partei nahmen teil. Wollten wir zunächst das Interesse an kommunalen Themen wecken, so hatte die zweite Tagung eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Neuköllner Initiativen, Projekten und Verbänden zum Ziel. Dafür haben sich kommunalpolitisch interessierte Genossinnen und Genossen des Bezirkes mit verschiedenen Aktiven aus den unterschiedlichen Bereichen zusammengesetzt.

Die Einführung in die historische Entwicklung von Rixdorf nach Neukölln bis zur Fokussierung auf die Probleme und Chancen des heutigen Bezirks erfolgte durch G. Rohne, einem ehemaligen Mitarbeiter des Museums Neukölln.

Die überwiegende Arbeit der Tagung wurde in den acht Arbeitsgruppen geleistet. Dabei erhielten die externen Fachreferenten Unterstützung von fachlich versierten Genossen, so dass die Diskussionen auf gutem Niveau stattfanden. Leider kam die Arbeitsgruppe Gesundheit nicht zustande, weil die Referenten kurzfristig absagen mussten. Dabei hätten wir gern mehr über den Gesundheitszustand der Neuköllner und den Krankenhauskonzern Vivantes erfahren.

Aber mit Anne Allex konnten wir eine Sozial- und Arbeitsexpertin gewinnen, die einfach alles wusste. G. Duhem von Morus14 zeigte kritisch Perspektiven der Stadtteilarbeit auf.

Großes Interesse bestand an den Themen Stadtentwicklung, Grün und Verkehr. Hier ging es um ein künftiges Miteinander in den Zeiten der Krise, analysiert von Klaus-Peter Dauks. Weitere Punkte waren die künftige Nutzung des hoffentlich bald freigegebenen Tempelhofer Feldes, die Umgestaltung der Karl-Marx-Straße und die Kritik am Autobahnbau der A100.

Die Mitgliederversammlung der Neuköllner LINKEN am 24.4. forderte den Berliner Landesvorstand der Partei DIE LINKE und Linksfraktion im Abgeordnetenhaus auf, sich unverzüglich für einen Stopp des Ausbaus der Autobahn A100 über die Anschlussstelle Grenzallee hinaus nach Treptow einzusetzen.

Die Schulsituation stellte Jürgen Schulte von der GEW dar, der für eine Gemeinschaftsschule eintrat, an der alle Schüler gemeinsam lernen sollen. In der AG Migration wurde der Film „Grundgesetz und Sharia“ des Mädchenprojektes MaDonna gezeigt und dann kontrovers über die Möglichkeiten der Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Migrationshintergrund diskutiert.

Abschließend wäre noch kritisch anzumerken, das in den einzelnen AGs die Diskussion künftig präziser geführt und die Lösungen stärker auf die kommunale Ebene bezogen werden müßten.

Unser besonderer Dank gilt den externen Referenten, die an diesem Sonnabend gekommen waren, in die unterschiedlichen kommunalen Arbeitsgebiete eingeführt haben und somit die thematische Arbeit erst ermöglichten. Natürlich haben wir uns über die vielen Redebeiträge aus dem Teilnehmerkreis gefreut.

Und wir danken hier auch allen Genossinnen und Genossen, die an der Vorbereitung und der Durchführung der Tagung mitgewirkt haben. Den Erfolg der Tagung verdanken wir zu einem großen Teil dem Engagement von Marlis Fuhrmann, die nicht nur bei der Vorbereitung der Tagung und der Gewinnung der externen Referenten besonders aktiv war, sondern auch in den AGs Stadtentwicklung/Grün/Verkehr referierte und moderierte. Gleiches besorgten Klaus-Dieter Heiser in den AGs Bildung/Jugend/Kultur/Migration und Eugen Koch in den AGs Arbeit und Soziales. Das Mittagessen gab es an einem ungewöhnlichen Ort. Auf den Bänken vor dem Altar war ein kleiner Imbiss aufgebaut und die Diskussionen wurde in den Pausen am Büfett fortgesetzt.

Nicht alles konnte erschöpfend besprochen werden. Weil die Arbeitsgruppen länger tagten als geplant, wurde das Abschlussplenum leider verkürzt. Doch die Diskussion um kommunale Themen muss sowieso ständig geführt werden, bestimmt aber auf der dritten kommunalpolitischen Arbeitstagung im April 2010. Ein konkreter Antrag zur Schulpolitik in Neukölln wird bereits auf der nächsten Mitgliedervollversammlung am 29. Mai 2009 auf der Tagesordnung stehen.

Thomas Licher





Die Ausstellungseröffnung „80 Jahre Blutmai in Neukölln - Lehren aus einem tragischen Ereignis“ am 30. April im Zentrum der Neuköllner LINKEN am Richardplatz gab viel Stoff für interessante Debatten - über die Weltwirtschaftskrise von 1929 und über die aktuelle Situation.

„Gegen Nazis gemeinsam kämpfen“

„Das vergisst man sein Leben lang nicht,“ sagt der 86-jährige Werner Gutsche. Er hat den 1. Mai 1929 miterlebt, der als „Blut-Mai“ in der Geschichte der Arbeiterbewegung bezeichnet werden musste. DIE LINKE Neukölln erinnert jetzt mit einer Ausstellung daran und diskutiert über Lehren aus dem tragischen Ereignis.

Werner Gutsche hat zum „Blut-Mai 1929“ über Jahre akribisch Dokumente und Fotografien gesammelt. „Bilanz“ am 3. Mai 1929 in der Reichshauptstadt Berlin: 32 Tote, 198 Verletzte, 1.228 Festnahmen, 32 Freiheitsstrafen sind nach 10.981 von der Polizei abgefeuerten Karabiner- und Pistolschüssen zu beklagen. Das ist das Ergebnis des vom Berliner Polizeipräsidenten Zörggibel durchgesetzten Verbots von Maidemonstrationen unter freiem Himmel.

Die von Werner Gutsche organisierte Ausstellung präsentiert auf sechs Schautafeln Fotos und Texte. Zur Eröffnung der Ausstellung referierte Karl-Heinz Konrad über die unterschiedlichen Aspekte des 1. Mai 1929. Seltene Ton- und Filmaufnahmen ergänzten den Vortrag.

Werner Gutsche erinnert: „Die wirtschaftliche Lage spitze sich zu, die Armut wuchs, während die SPD mit den deutschnationalen und

konservativen Parteien in der Reichsregierung beschloss, Panzerkreuzer zu bauen. Dann fehlte das Geld für die Schulspeisungen in Berlin. Es erstaunt mich bis heute nicht, dass viele Arbeiter das Demonstrationsverbot zum 1. Mai 1929 durchbrochen haben.“

Ruben Lehnert, Bezirkssprecher der Neuköllner LINKEN und Direktkandidat für den Bundestag, geht noch weiter. „Demonstrationsverbote und der Einsatz von Waffen lösen keine sozialen Probleme, sondern vertiefen sie. Die SPD wollte mit den Konservativen die parlamentarische Demokratie retten. Der Preis war weiterer Sozialab-

bau, gegen den sich zu Recht Widerstand regte. Nach den Toten des „Blut-Mai“, für die die SPD heute keine Verantwortung übernommen hat, bezichtigte die KPD die SPD zu unrecht des „Sozialfaschismus“ und schwächte so den gemeinsamen Widerstand der Arbeiterbewegung gegen Hitler, den 1933 die Konzernherren an die Macht brachten. Lehre für heute? Im Kampf gegen alte und neue Nazis müssen Linke und Sozialdemokraten gemeinsam kämpfen.“

Die Ausstellung am Richardplatz 16 ist bis Ende Mai geöffnet werktags von 17.00 bis 19.00 Uhr und nach Vereinbarung.



Das Schalmeienorchester „Fritz Weineck“ spielte zur Ausstellungseröffnung auf dem Richardplatz Lieder der Arbeiterbewegung.



Werner Gutsche, der als Kind den Neuköllner „Blut-Mai“ erlebt hatte, führte bei einem Rundgang durch das „Barrikaden-Viertel“.



Foto: KDH

Gunter Demnig, hier in der Innstraße mit dem „Stolperstein“ für die Neuköllner Kommunistin Olga Benario, erinnert an die Vertreibung und Vernichtung der Juden, der Zigeuner, der politisch Verfolgten, der Homosexuellen, der Zeugen Jehovas und der Euthanasieopfer durch die Nazis.

Erich-Mühsam-Preis für Initiator der „Stolpersteine“

Der Künstler Gunter Demnig erhielt den Erich-Mühsam-Preis 2009 für das Projekt „Stolpersteine“.

Gunter Demnig erinnert an die Opfer der NS-Zeit, indem er vor ihrem letzten selbst gewählten Wohnort Gedenktafeln aus Messing in den Bürgersteig einlässt. Inzwischen liegen solche „Stolpersteine“ in mehr als 300 Orten in Deutschland, darunter in Neukölln, ebenso in Österreich, Ungarn und in den Niederlanden.

Die Erich-Mühsam-Gesellschaft betont, dass dieses Projekt die Erinnerung an die Vertreibung und die Vernichtung der Juden, der Zigeuner, der politisch Verfolgten, der Homosexuellen, der Zeugen Jehovas und der Euthanasieopfer im Nationalsozialismus lebendig hält.

Erich Mühsam war politischer Aktivist, Publizist und Schriftsteller. Er wurde im Jahr 1878 als Kind jüdischer Eltern in Berlin geboren und wuchs in Lübeck auf. Im Juli 1934 wurde er im KZ Oranienburg von den Nationalsozialisten ermordet. Im Gedanken an sein Werk verleiht die Lübecker Erich-Mühsam-Gesellschaft e.V. seit 1993 alle zwei Jahre den Erich-Mühsam-Preis.

ActiveStills - Fotografie aus Israel/Palästina

„Durch Bilder, die die Gesellschaftsform in der wir leben in Frage stellen, versuchen wir ein Bewusstsein für die Dinge zu schaffen, die wir als ungerecht empfinden.“

So formuliert die Gruppe ActiveStills, der größtenteils jüdisch-israelische Fotografen angehören, ihr Selbstverständnis. Bis zum 21. Mai zeigt sie eine dezentrale Fotoausstellung in öffentlichen Räumen Berlins. Darunter im Neuköllner Café Jacques am Maybachufer 8

ActiveStills, die Gruppe hat sich 2005 gegründet, arbeitet in Israel und Palästina und organisiert offene Ausstellungen zu Themen, mit denen die Öffentlichkeit in ihrer alltäglichen Informationsroutine durch die etablierten Medien nicht konfrontiert wird. Dazu gehören unter anderem Siedlergewalt, die Zerstörung von palästinensischem Wohnraum (vor allem in Jerusalem), dem Widerstand gegen Krieg und Militarismus, Migrations- und Flüchtlingspolitik, und die Situation der israelisch-palästinensischen Community.

Norwegisch-deutsche Konzertabende in Neukölln

„Ändere die Welt, sie braucht es,“ ist das Motto eines Chortreffens des Berliner Hans-Beimler-Chores und des Sozialistik Kor i Oslo in der Werkstatt der Kulturen.

Die beiden Chöre, die erstmals zusammen auftreten, versprechen musikalische Kostbarkeiten. Das Konzertmotto aus Brechts „Die Maßnahme“ sagt kritische, widerständige, visionäre Lieder an.

Die Musik von Hans Eisler wird ebenso wie die von Kurt Weil in der originalen Instrumentation gespielt. Versprochen werden zwei Abende - eine norwegisch-deutsche Premiere „mit Biss und voller Lebensfreude.“

Die Konzertabende finden am Freitag, dem 22. Mai, um 20.00 Uhr und am Sonnabend, dem 23. Mai, um 19.30 Uhr in der Werkstatt der Kulturen, Wissmannstraße 32, 12049 Berlin (Nahe Hermannplatz) statt. Die Karten kosten 12 Euro, ermäßigt 6 Euro. Telefonische Vorbestellungen: 030/625 73 31 und 686 74 35.

Ausstellung: Berliner Arbeiterwiderstand 1942-1945

Mit einer Ausstellung in der Humboldt-Universität und einer Veranstaltungsreihe macht die Berliner VVN neue Erkenntnisse zum Berliner Arbeiterwiderstand in den Kriegsjahren zugänglich.

Im Mittelpunkt des Projektes steht die Saefkow-Jacob-Bästlein-Organisation, eine der größten Berliner Widerstandsgruppen gegen die Nazis. Ihr gehörten über 500 Männer und Frauen an: Kommunisten, Sozialdemokraten und Anhänger unterschiedlicher Weltanschauungen. Die Ausstellung umfasst 20 Tafeln und eine Karte in Form eines Triptychons „Topografie des Widerstands, des Terrors, des Gedenkens“.

Die Eröffnungsveranstaltung wird am Donnerstag, dem 18. Juni, um 18.00 Uhr im Foyer der „Kommode“ am Bebelplatz/Unter den Linden sein. Die Ausstellung wird bis zum 23. Juli montags bis freitags von 10.00 Uhr bis 19.00 Uhr geöffnet sein, sonnabends von 10.00 Uhr bis 14.00 Uhr. Am 26. und 27. Juni findet eine Konferenz zum Arbeiterwiderstand im Haus der Demokratie, Greifswalder Straße 4, statt.

Termine DIE LINKE Neukölln

Bezirks-Mitgliederversammlung der Neuköllner LINKEN

Freitag, 29.5.2009, 18.00 Uhr

1. Diskussion zum Bundestagswahlprogramm
2. Anträge

Rathaus Neukölln, Köln-Zimmer, Karl-Marx-Straße 83 (U7 Rathaus Neukölln)

Alle Mitglieder des Bezirksverbandes haben das Recht, Anträge an die MV zu stellen. Falls Du einen Antrag stellen möchtest, reiche ihn bitte bis zum 22.5. in der Geschäftsstelle ein oder übermittle ihn elektronisch. Solltest Du für die Zeit der MV eine Kinderbetreuung benötigen, melde Dich bitte frühzeitig.

Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand tagt jeden zweiten Donnerstag parteiöffentlich in den Räumen der Geschäftsstelle am Richardplatz 16.

Donnerstag, 14.5.2009, 19.00 Uhr

Donnerstag, 28.5.2009, 19.00 Uhr

Donnerstag, 11.6.2009, 19.00 Uhr

WahlTeam Neukölln

Dienstag, 19.5.2009, 19.00 Uhr

Dienstag, 2.6.2009, 19.00 Uhr

Zentrum der LINKEN, Richardplatz 16

BO Hermannstraße

Mittwoch, 13.5.2009, 19.00 Uhr

1. Schutzschirm für Menschen!
2. Nachnutzung Tempelhof (Aktion am 20.6.)

Mittwoch, 27.5.2009, 19.00 Uhr

1. Bildung: Ganztagschule
2. Zustand der Hasenheide

Jonasstraße 29 (Salvador-Allende-Zentrum)

BO Reuterkietz

Dienstag, 26.5.2009, 19.00 Uhr

Veranstaltung in den Räumen des Vereins iranischer Flüchtlinge e.V., Reuterstraße 52

BO Rixdorf

Mittwoch, 20.5.2009, 19.00 Uhr

Diskussion: Entwurf des Bundestagswahlprogramms der LINKEN

Donnerstag, 4.6.2009, 19.00 Uhr

Zentrum der LINKEN, Richardplatz 16

BO Süd

Dienstag, 12.5.2009, 18.00 Uhr

Dienstag, 26.5.2009, 18.00 Uhr

Gemeinschaftshaus am Bat-Yam-Platz 1 Clubraum II

Kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

Donnerstag, 14.5.2009, 17.00 bis 18.00 Uhr

Donnerstag, 28.5.2009, 17.00 bis 18.00 Uhr

Beratung zu Hartz IV durch Rechtsanwalt Holger Lange

Zentrum der LINKEN, Richardplatz 16

Termine von Info-Ständen der Neuköllner LINKEN und weitere aktuelle Termine:

www.die-linke-neukoelln.de

Impressum

neu-köllnisch erscheint 10 x im Jahr

Herausgeber: DIE LINKE, Landesverband Berlin

Auflage dieser Ausgabe: 3.000 Exemplare

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln

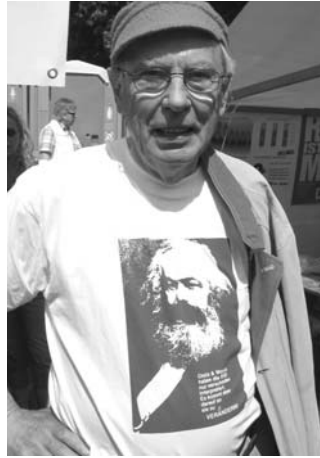
Richardplatz 16, 12055 Berlin, Tel./Fax: 613 59 19

Redaktionsschluss: 5. Mai 2009

Beiträge für die nächste Ausgabe bitte bis zum 22. Mai 2009

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen.

neu-köllnisch · 4 / 2009 - Mai



„Ossis und Wessis haben die BRD nur verschieden interpretiert. Es kommt aber darauf an, sie zu VERÄNDERN!“

Gesehen am 1. Mai auf der DGB-Kundgebung. Auch das niederländische Fernsehen richtete seine Kamera auf diese aktuelle Marx-Interpretation.

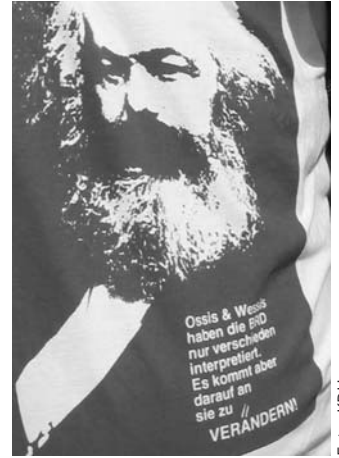


Foto: KDH

Neuköllner LINKE unterstützt:

Bildungsstreik am 17. Juni

Die Mitgliederversammlung der Neuköllner LINKEN hat am 24. April beschlossen, die Schülerinnen, Schüler, Auszubildenden und Studierenden in ihrem Kampf für bessere Verhältnisse in Bildung und Ausbildung zu unterstützen.

Deshalb ruft DIE LINKE.Neukölln zur Beteiligung an den Aktionen und Demonstrationen im Rahmen des Bildungsstreiks in Berlin auf und mobilisiert aktiv zur Demonstration am 17. Juni. Sie stellt einen Zusammenhang zwischen der prekären Situation im Bil-

dungsbereich und der prekären Situation der unteren Gesellschaftsschichten angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise her und will verhindern, dass die von der Sparpolitik der Regierungen Betroffenen sich gegeneinander ausspielen lassen. Konkret bedeutet das, die Beteiligung von Nicht-Studierenden und Nicht-SchülerInnen an den Aktionen und Protesten zu befördern und mit entsprechendem Material und Angeboten an Infoständen sowie mit öffentlichen Aktionen präsent zu sein. DIE LINKE.Neukölln sucht darüber hinaus die enge Kooperation mit den Gewerkschaften (insbesondere der GEW) im Vorfeld und setzt sich für ein breites Neuköllner Bündnis zum Bildungsstreik sowie Infoveranstaltungen im Vorfeld des 17. Juni an.

DIE LINKE. wirkt – werde aktiv!

Egal, ob Du Parteimitglied bist oder nicht: Sei linksaktiv und du kannst sofort anfangen.

Nimm Kontakt zu uns auf:

Ruben Lehnert, Sprecher DIE LINKE.Neukölln, 0176 296 492 75, ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de

Irmgard Wurdack, Sprecherin DIE LINKE.Neukölln, 0178 851 28 71 irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de

Oder den Coupon ausfüllen, abtrennen und an folgende Adresse schicken:

DIE LINKE.Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Fax: 030 613 59 19



Informationsangebot

- Ich möchte Informationsmaterial über DIE LINKE bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name:

Anschrift:

E-Mail: Telefon: